

Berliner Tageblatt

V. Jahrg. Nr. 51

19. Dezember 1916

Wochen-Ausgabe für Ausland und Uebersee

Erscheint jeden Mittwoch. Man abonniert bei allen Postanstalten in den Kolonien und Schutzgebieten des Deutschen Reiches, den Postanstalten in China, Konstantinopel und der Levante, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Belgien, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, der dänischen Antillen, Schwedens, Norwegens, der Donaustaaten, Chiles, Uruguays zum Preise von 4,50 M. vierteljährlich inklusive Postzuschlag; für alle übrigen Staaten nur unter Kreuzband durch den Verlag, Berlin SW, 2. M., monatlich inklusive Porto, frei ins Haus.

Zellenpreis 75 Pf. Alleinige Anzeigen-Annahme: Annoncen-Exped. Rudolf Mosse, Berlin SW, Jerusalemstr. 46/47, Breslau, Schweiditzer Str. 21, Dresden, Altonaer 15, Düsseldorf, Schadowstr. 20/22, Frankfurt a. M., Zell 123, Hamburg, Börsenpl. 12, Köln a. Rh., Hohestr. 34, Leipzig, Grummatische Str. 27, Magdeburg, Breiteweg 12, Mannheim, Planken 6/44, München, Theatinerstr. 3, Nürnberg, Karolinenstr. 25, Prag II, Graben 6, Strassburg i. E., Alor Weinmarkt 1, Stuttgart, Königstr. 21 B, Wien I, Seilerstätte 2, Warschau, Marszałkowska 124, Basel, Anchenstr. 150, Zürich, Limmatquai 34. — Druck u. Verlag von Rudolf Mosse, Berlin.

Das Friedensangebot der Mittelmächte. Die politische Lage.

Von
Josef Schwab.

Der historische 12. Dezember. — Das Friedensangebot der Stärken. — Günstige Wirkung in der neutralen Welt. — Die feindlichen Völker und ihre Regierungen. — Der vernünftige Sonnino, der wilde Briand, der wütende Pokrowski. — Der Entschluss der Duma. — Und Lloyd George? — Deutschlands Entschlossenheit: „Erst recht!“

Der 12. Dezember 1916 wird ein historisches Datum bleiben in der Geschichte dieses Krieges und ein Ehrentag für das deutsche Volk. Die Rede, mit der der Reichskanzler vor den mit einer gewissen Feierlichkeit zusammenberufenen Reichstag trat, war kurz, aber inhaltsschwer, markig und ehrlich und aus der Seele des Volkes gesprochen. Sie brachte das Friedensangebot Deutschlands und seiner Verbündeten, das lediglich die neutralen „Schutzstaaten“ mit der Uebermittlung betraut, direkt an die feindlichen Mächte gerichtet ist. Die Begründung des Vorschlages durch den Kanzler war so überzeugend und eindrucksvoll, dass — wie sich auch bald herausstellte — nur über Willen an der ehrlichen Absicht, der er entsprungen, zweifeln könnte. Das war ein feierlicher Augenblick, Europa, ja die Welt hielt den Atem an. Das Wort „Friede“ klang zum erstenmal wieder rund um den Erdball. Der Reichstag hatte mit grosser Mehrheit durch den Beschluss, sich ohne Erörterung zu verzetzen, seine Billigung der Politik der Regierung ausgesprochen. Auch von den Parteien, der National-liberalen und der Konservativen, die in der Minderheit blieben, steht es fest, dass sie gegen den Friedensvorschlag an sich nichts einzuwenden haben. Sie sind auch im Ernste nicht aus prinzipiellen und konstitutionellen Gründen über die Ausschaltung oder richtiger „Selbst-ausschaltung“ des Reichstags erbost, sondern weil sie um die Gelegenheit gekommen sind, ihre besondere Auffassung von den nötigen Friedensbedingungen gleich im voraus in die Welt hinauszurufen. Der Zwischenfall kann nichts an dem Eindruck ändern, dass das deutsche Volk einmütig den Entschluss der politischen Führung gut heisst, der, wie der Teilwechsel zwischen Hindenburg und dem Kanzler gezeigt hat, auch in vollem Einvernehmen mit der militärischen Leitung gefasst ist. Einmütig, nicht kleinmütig, steht unsere Nation zu dem Wunsche, nach zweieinhalbjährigem Ringen den Versuch zum Frieden zu machen, im vollen Bewusstsein ihrer Kraft. Sie hat den Beweis ihrer stets gesteigerten militärischen Stärke auf allen Kriegsschauplätzen geliefert. Die Schnelligkeit und Gründlichkeit, mit der alle an den Hinzutritt Rumäniens geknüpften feindlichen Pläne über den Haufen geworfen worden sind, zeigt auch, welcher Leistungen sie sich noch fähig fühlt, wenn ihr Angebot verworfen wird. Mit Recht ist in der an die Feinde gerichteten Note gesagt, dass Deutschland und seine Verbündeten ihre unüberwindliche Kraft erwiesen haben, dass ihre Linien unerschütterlich den immer wiederholten Angriffen standhalten und dass die gesamte Lage zur Erwartung weiterer Erfolge berechtigt. Es ist, in einer ruhigen und leidenschaftslosen Sprache, die dem guten Gewissen entspringt, hinzugefügt, dass Deutschland und seine Verbündeten nur einen erzwungenen Krieg und nur einen Krieg zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit führen. Es ist auch von den Friedensbedingungen, mit denen sie zu den Verhandlungen kommen wollen, die Rede. Es wird betont, dass diese nur darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu fördern und versichert, dass eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens bilden dürften. Nichts ist wahrer als das Wort des Kanzlers, dass nur die Vernichtungs- und Eroberungsabsichten der Feinde sie abhalten könnten, dem

entsetzlichen Menschenmorden endlich Einhalt zu tun. In der Note, in der der Papst um seine Unterstützung des Friedenswerkes gebeten wird, werden die vorhergehenden Folgen des Krieges für die ganze Kulturwelt, der Schmerz und die Trauer, die alle Welt erfüllt, der Niedergang Europas mit Vereschtaginscher Kraft und Erbarmungslosigkeit geschildert.

Es kann kein Zweifel sein, wie das Echo auf eine Kundgebung dieser Kraft und Grösse lauten müsste, wenn die feindlichen Völker in der phantastischen Anspannung aller Kräfte, zu der dieser hoffnungslose Eroberungskrieg sie fortgerissen, das psychische Gleichgewicht nicht verloren hätten. Nur die allerwidest Voreingenommenheit kann in dem offenen deutschen Anerbieten, sich über die gegenwärtigen Friedensbedingungen auszusprechen, die Sprache hinterhältiger Heuchelei, diplomatischen Bluffs und heimlichen Schwächegefühls sehen. Die Aufnahme des Vorschlages bei den neutralen Völkern hat auch sehr schnell ergeben,

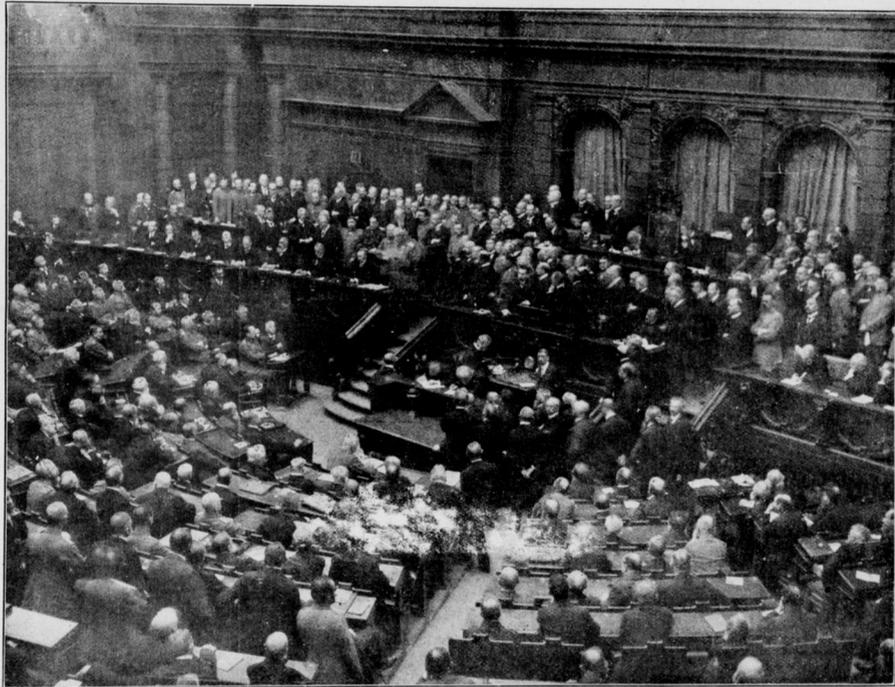
abstimmungen in den feindlichen Ländern über das Friedensangebot kommen könnte, wer wollte am Ausgang zweifeln? Aber so werden die Geschieke der Millionen nicht entschieden. Wir haben es in erster Linie mit den Regierungen zu tun. Von ihren Entschlüssen hängt noch alles ab, solange sie sich stark genug fühlen, die Parimente und die öffentliche Meinung ihrem Willen gefügig zu machen. Der ungeheure Sturm der Presse, die in England, Frankreich und Russland mit gleichmässiger Entrüstung die deutsche „Falle“ weit von sich wies und nur in Italien einigen realpolitischen Erwägungen Raum gab, ist für das Regierungsschiff nur in beschränktem Masse richtunggebend. Die offiziellen Antworten der Regierungen, die natürlich, wie Sonnino sogleich ankündigte zuerst miteinander über das Angebot des Verbundes in Verbindung traten, stehen noch aus. Sonnino hat rechtlich über die Stellungnahme seiner Regierung nichts gesagt, und das ist bei der Zusammensetzung des

Parlaments, in der die Glöckner jeden Tag die Friedensfrage als Mittel zum Sturze der Regierung benutzen können, wohl begrifflich. Aber von seiten der anderen Verbündeten liegen doch schon Aeusserungen vor, aus denen wir schliessen mussten, dass von einer glatten Annahme unseres Angebots nicht die Rede sein kann. Der englische Minister Henderson, Mitglied des engeren Kriegsrats, der zuerst sprach, hat sich zwar gegen Friedensverhandlungen erklärt, aber immerhin die Möglichkeit offen gelassen, dass man sich die deutschen

Friedensbedingungen wenigstens anschauen wolle. Vielleicht ist auf die Haltung der englischen Regierung das Argument der linksliberalen Presse nicht ganz ohne Einfluss, dass England sogar am besten täte, seine eigenen Bedingungen in den Vordergrund zu rücken und die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen auf Deutschland zu schieben. Schon bestimmter ablehnend hat sich Herr Briand, der französische Ministerpräsident, ausgesprochen, obwohl ihm, der sich von dem beschränkten Zusammenschmelzen seiner Mehrheit und dem Totalfiasco seiner Orientpolitik bedroht fühlt, gar nicht wohl in seiner Haut ist. Briand hat nicht von dem bisher Kriegführende immerhin erfüllt sein müssen, wenn sie sich zu prüfender Verhandlung am grünen Tisch niederlassen. Er begrüßte sich, mit viel Pathos und wenig Logik die Blutschuld auf die Häupter der Deutschen in dem Augenblick zurückzuliegen, wo er ihre Friedenshand mit Spott und Hohn zurückweist, und sich über das deutsche „Manöver“ zu entrüsten, das die Völker demoralisire. Das ist, schon im Gegensatz zu seinem englischen Kollegen, ein lautes und vernünftliches „Nein“, nur abgeschwächt durch den mit Rücksicht auf London ausgesprochenen Vorbehalt, „ein derartiges Dokument müsse geprüft werden“. Aber das Nein ist zu einem Nein ohne alle Umschweife und das Fort zu einem Fortissimo geworden in der Erklärung des neuen russischen Aussenministers Pokrowski vor der Reichsduma. Er verkündete den unerschütterlichen Entschluss Russlands zur Abweisung eines vorzeitigen Friedens in völliger Uebereinstimmung mit allen Alliierten. Und als das Ziel, das allen Alliierten am Herzen liege, die Frieden geschlossen werden könne, bezeichnete er die Vernichtung des Feindes.

Pokrowski und die Duma sprachen und handelten offenbar auf Geheiss von London. Wir werden daher von der Erklärung Lloyd Georges, des Diktators der Entente, keine Ueberraschungen mehr erwarten dürfen.

Mit solchem Ergebnis weiss unser Volk sich abzufinden. Es hat seine Schuldigkeit der Welt gegenüber getan und wird nun seine Schuldigkeit auch allen gegenüber zu tun wissen. Es ist voll Vertrauen um seine Führer geschart und Hindenburg rastet nicht. Eine einzige grosse Zusammenfassung ungeheurer Kraftwillems wird seine Antwort sein, und zum Motto der Nation wird das stolze und feste Wort des Kanzlers in seinem Telegramm an den Feldmarschall: „Erst recht!“



Der 12. Dezember im Reichstag: Reichskanzler v. Bethmann Hollweg verliest das Friedensangebot.

R. Senneca phot.

dass man dort fast überall von der Ehrlichkeit des deutschen Vorgehens überzeugt ist. Das ist ja mit den Wünschen diktiert, allen Völkern über unsere inneren Absichten und Pläne Klarheit zu schaffen und es ein für allemal festzustellen, dass es unsere Schuld nicht ist, wenn auch die Leiden endlos fort dauern, in die der Krieg die Neutralen verstrickt. Die Aufklärung dürfte zu einem guten Teil gelungen sein. Selbst bei einem grossen Teil der Neutralen, die von keinem Uebermass der Sympathie für uns erfüllt sind, hat das erste Wort von Frieden angenehme Empfindungen ausgelöst. Unter diesem Eindruck hat man die Fähigkeit gefunden, dem Standpunkt, von dem wir ausgehen, gerecht zu werden. Zwar die anglo-amerikanische Presse scheint noch von der Bangigkeit erfüllt zu sein, ein Friedensschluss im gegenwärtigen Augenblick könne für das mächtige Deutschland zu günstig ausfallen. Von ihr abgesehen aber stimmt man doch im grossen ganzen bei den neutralen Völkern mehr oder weniger der deutschen Auffassung zu: dass ein Zustand in dem Völkerringen erreicht ist, bei dem es natürlich ist, die endgültige Schlichtung nicht mehr von der Gewalt der Waffen, sondern von friedlicher Vereinbarung zu erwarten.

Beherrscht dieser Eindruck aber auch die uns feindlichen Nationen? Wir müssten, um eine genauere Antwort hierauf zu finden, einen gewissen Unterschied machen zwischen den Völkern und ihren Regierungen, auch zwischen den Völkern und ihren Parlamenten wie zwischen den Völkern und ihrer Presse. Gerade in den demokratisch regierten Völkern des Westens ist, so wunderbar es klingt, die Einheit zwischen Regierung, Volksvertretung und Volk, die die Stärke unserer Politik ausmacht, heute nicht vorhanden. Gerade dort sind die Völker die Willenslosen, die Geführten. Aber wir dürfen daraus keine zu weitgehenden Konsequenzen ziehen. Ja, wenn es zu unbeflissenen Volks-

dem Geiste zu erkennen zu geben, von dem bisher Kriegführende immerhin erfüllt sein müssen, wenn sie sich zu prüfender Verhandlung am grünen Tisch niederlassen. Er begrüßte sich, mit viel Pathos und wenig Logik die Blutschuld auf die Häupter der Deutschen in dem Augenblick zurückzuliegen, wo er ihre Friedenshand mit Spott und Hohn zurückweist, und sich über das deutsche „Manöver“ zu entrüsten, das die Völker demoralisire. Das ist, schon im Gegensatz zu seinem englischen Kollegen, ein lautes und vernünftliches „Nein“, nur abgeschwächt durch den mit Rücksicht auf London ausgesprochenen Vorbehalt, „ein derartiges Dokument müsse geprüft werden“. Aber das Nein ist zu einem Nein ohne alle Umschweife und das Fort zu einem Fortissimo geworden in der Erklärung des neuen russischen Aussenministers Pokrowski vor der Reichsduma. Er verkündete den unerschütterlichen Entschluss Russlands zur Abweisung eines vorzeitigen Friedens in völliger Uebereinstimmung mit allen Alliierten. Und als das Ziel, das allen Alliierten am Herzen liege, die Frieden geschlossen werden könne, bezeichnete er die Vernichtung des Feindes.